

Ressort: Politik

Kritik an Karlsruher Entscheidung zur Abschiebung

Karlsruhe, 10.01.2018, 02:00 Uhr

GDN - Der jüngste Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zugunsten eines straffällig gewordenen türkischen Asylbewerbers hat in der Politik Kritik ausgelöst. Wenn Anforderungen an die Prüfung einer Abschiebung "überspannt" würden, könne das die rechtlichen Hürden für Abschiebungen "bis hin zur Undurchführbarkeit massiv erhöhen", sagte Ansgar Heveling (CDU) der Funke-Mediengruppe (Mittwochsausgabe).

Der Rechtsschutz für Asylbewerber müsse auch daran gemessen werden, ob die Sicherheit für die Bevölkerung gewährleistet werden könne. Heveling äußerte die Erwartung, dass das zuständige Verwaltungsgericht bei einer erneuten Überprüfung "angemessene Argumente" finde, "um einen gefährlichen Terrorismusunterstützer in die Türkei zurückführen zu können". Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts darf ein 30-jähriger Türke nicht abgeschoben werden, der wegen der Unterstützung einer Terrororganisation zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war. Die deutschen Verwaltungsgerichte hätten genauer prüfen müssen, ob ihm in der Türkei Folter droht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100370/kritik-an-karlsruher-entscheidung-zur-abschiebung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619